



BANKEN/EU-Kommission will bei Neuregelung zu Bankenaufsicht Tempo machen

12.09.2013

Straßburg (awp/sda/afp) - Die Europäische Kommission will bei den neuen Regeln zur Abwicklung maroder Banken in der Eurozone Tempo machen. Finanzkommissar Michel Barnier sagte am Donnerstag vor dem Europäischen Parlament in Strassburg, er hoffe, dass die geplante Abwicklungsrichtlinie bis Ende des Jahres unter Dach und Fach gebracht werden könne.

Falls dieser Plan nicht aufgehe, dann soll es auf jeden Fall vor März kommenden Jahres soweit sein, erklärte Barnier. Notwendig sei ein "einheitlicher Abwicklungsmechanismus mit präzisen Vorgaben". Auch müsse ein "Abwicklungsrat" eingesetzt werden, der schnell Entscheidungen treffen könne, betonte der Franzose.

Ziel sei es sicherzustellen, dass künftig nicht mehr der Steuerzahler für die Sanierung maroder Banken aufkomme, sagte Barnier. "Für die Banken sollen künftig Banken verantwortlich sein". Bei Problemen müssten in erster Linie deren Aktionäre gerade stehen.

Barnier kündigte zudem an, er wolle am Freitag mit den Finanzministern der EU bei einem Treffen in Vilnius über das Thema sprechen. Das Europaparlament will einer Sprecherin zufolge voraussichtlich im November über den Vorstoss beraten.

SUPRANATIONALE BEHÖRDE HÄTTE ENTSCHEIDUNGSGEWALT

Der im Juli von der Kommission vorgelegte Gesetzesentwurf sieht vor, die Entscheidungshoheit von den nationalen Behörden auf ein neu zu schaffendes Brüsseler Gremium zu übertragen. Das neue Gremium soll sich Barniers Vorschlag zufolge aus Vertretern der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und der nationalen Behörden zusammensetzen.

Wenn es einen Warnhinweis über eine drohende Bankenpleite von der geplanten neuen zentralen Aufsicht bei der EZB gibt, soll das Gremium die Abwicklung der Bank "vorbereiten". Ob und wie die betroffene Bank dann tatsächlich geschlossen wird, will die EU-Kommission auf Empfehlung des Gremiums oder "auf eigene Initiative" selbst beschliessen.

BARNIER RÄUMT BESTEHENDE DIFFERENZEN EIN

In einigen EU-Ländern stiess der Vorstoss auf ein geteiltes Echo, da nach deren Auffassung die EU-Kommission mit den Plänen ihre Kompetenzen überschreitet. Es gebe noch "Differenzen", räumte Barnier vor dem Europaparlament denn auch ein. Er sei aber zuversichtlich, dass diese aus dem Weg geräumt werden können.

Das Europaparlament hat in der Frage ein Mitentscheidungsrecht. Parlament und Rat, in dem die 28 EU-Staaten vertreten sind, müssen sich daher auf eine gemeinsame Position einigen.

Die gemeinsame Bankenabwicklung ist Teil der geplanten Bankenunion, mit der die EU künftige Finanzkrisen verhindern will. Ein anderer Pfeiler ist die gemeinsame Bankenaufsicht, die ab Herbst kommenden Jahres bei der Europäischen Zentralbank ihre Arbeit aufnehmen soll.

Sie soll zunächst die 150 grössten Banken in der Euro-Zone überwachen. Länder ausserhalb der Euro-Zone können sich dem anschliessen, wenn sie dies wollen.